

peace brigades international

pbi Rundbrief

Sommer 2013



In dieser Ausgabe

ISSN 1619-2621

Interview mit Shiam Shah: Dass Frauen überhaupt den Mund aufmachen, ist neu
Reportage aus Mexiko:
CEDHAPI lässt sich nicht abspeisen

pbi
making space for peace



pbi startet Projekt in Honduras

► Mit dem Ziel, eine längerfristige Präsenz im Land aufzubauen und das Ersuchen der MRV nach Begleitung und Schutz zu erfüllen, begann pbi dieses Jahr die Arbeit in Honduras. Nach Kenia konnte damit im Jahr 2013 bereits das zweite pbi-Projekt eröffnet werden.

Die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Honduras hat sich durch den Staatsstreich im Jahr 2009 gravierend verschlechtert. Obwohl die internationale Gemeinschaft die politische Situation nach den Wahlen im November 2009 auf dem Weg zur Normalisierung sieht und damit zu deren Legitimation beiträgt, hat sich die Lage für die AktivistInnen

bis heute nicht verbessert. Sie agieren weiterhin in einer unsicheren Umgebung und sind anhaltenden Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt.

Aufbauend auf den Erkundungsmissionen, in deren Rahmen über 60 Gespräche mit nationalen und internationalen (Menschenrechts-) Organisationen sowie mit Behörden und VertreterInnen nationaler Autoritäten stattfanden, wurde die Lage der MenschenrechtsverteidigerInnen in Honduras analysiert und die Bedingungen für ein pbi-Projekt geprüft. Anfang 2013 beschloss pbi schliesslich ein dauerhaftes Projekt in Honduras zu eröffnen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

► **Menschenrechtsverteidigerinnen sind doppelt gefährdet.** Sie werden als Aktivistinnen bedroht, wenn sie sich gegen ungerechte Machtstrukturen wehren, Kriegsverbrechen vor Gericht bringen oder die Rückgabe von geraubten Lands fordern. Sie sind aber auch als Frauen bedroht, weil sie häufig mit traditionellen Geschlechterrollen brechen und tradierte Machtstrukturen in Frage stellen - bis in die eigenen Familien hinein. Wenn sich diese Bedrohungen gegenseitig verstärken, wenn z.B. eine Anwältin einen sexuellen Übergriff in einer rein männlich besetzten Polizeikaserne zur Anzeige bringen muss, steigt die Schutzbedürftigkeit der Aktivistinnen enorm.

Internationale Richtlinien und Verpflichtungen gehen auf diese besondere Schutzbedürftigkeit nur ungenügend ein. pbi versucht deshalb, den besonderen Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen auf Ebene der UN, der EU, aber auch in den Staaten selbst zu implementieren. Mit vorsichtigem Erfolg. Die G8-Staaten haben auf Intervention von pbi im April 2013 die besondere Bedeutung der Schutzbedürftigkeit von Menschenrechtsverteidigerinnen

anerkannt. Bis zur Anerkennung innerhalb von UN und EU und einer spürbaren Verbesserung auf lokaler Ebene ist es jedoch noch ein weiter Weg.

Wie diese Arbeit funktioniert, wie pbi auf allen Ebenen Politik für die begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen macht und ihnen Stimme und Aufmerksamkeit im internationalen Raum gibt, beschreibt Annette Fingscheidt, Advocacy-Beauftragte bei pbi Deutschland, ab Seite 8. Über die Herausforderungen als Menschenrechtsverteidigerin in Nepal und über Situation von Frauen in der nepalesischen Gesellschaft berichtet Shyam Shah in einem Gespräch mit der Berliner Regionalgruppe ab Seite 4. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Für die Rundbriefredaktion

Kersten Knoerzer

Inhalt

- Nachrichten..... 3
- Interview mit Shyam Shah 4
- Advocacyarbeit in Deutschland..... 8
- Reportage: Begleitung CEDHAPI. 10
- Spendenaufruf 14
- Über pbi..... 15

Gericht hebt Urteil gegen Ex-Militärdiktator Efraín Ríos Montt auf

► **Guatemalas Verfassungsgericht hat das Urteil gegen den früheren Militärmachthaber Efraín Ríos Montt aufgehoben.** Die Verurteilung zu 80 Jahren Haft wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei nichtig, teilte das Gericht mit. Es gab damit einem Antrag der Verteidigung statt, die sich während der Verhandlung in ihren Rechten beschnitten sah. Der Prozess muss nun beim Stand vom 19. April wieder aufgenommen werden.

Efraín Ríos Montt war am 10. Mai von einem Gericht in Guatemala-Stadt für schuldig befunden worden, während seiner Herrschaft zwischen 1982 und 1983 für mehrere Massaker am Volk der

Ixil (1.771 Opfer, 400 zerstörte Dörfer) verantwortlich gewesen zu sein. Im März 1982 war er durch einen Putsch an die Macht gekommen.

Das Strafverfahren gegen Efraín Ríos Montt gilt als historisch. Es ist das erste Mal, dass einem früheren Staatschef wegen Völkermordes vor einem nationalen Gericht der Prozess gemacht wird.

pbi-Guatemala begleitet in diesem Zusammenhang den Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez, der sich ebenfalls für die Familienangehörigen der Opfer und die Überlebenden der Menschenrechtsverletzungen einsetzt, die während der Zeit des internen bewaffneten Konfliktes begangen wurden.



Nepal

»Dass Frauen überhaupt
den Mund aufmachen,
ist neu«

Frauen sind in der patriarchal geprägten Kultur Nepals stark benachteiligt. Zwar wurden sie 1990 gesetzlich gleichgestellt, die kulturellen und sozialen Normen ändern sich jedoch nur langsam. Die nepalesische Menschenrechtsaktivistin Shyam Kumari Shah (31) kämpft für die Rechte von Frauen in ihrem Land. 2010 musste sie für zwei Jahre aufgrund von Drohungen von pbi begleitet werden. Ende 2012 unternahm Shyam Shah eine Besuchsreise nach Europa, um ihr Anliegen zu vertreten.

► **pbi:** Shyam, seit zehn Jahren setzt Du Dich für die Menschen- und Frauenrechte in Nepal ein. Wie kam es dazu?

► **Shyam Shah:** Schon als junges Mädchen erlebte ich, dass meine Brüder bessere Schulen als ich besuchten und Hauslehrer hatten. Während meine Brüder spielten, musste ich in der Pause schnell nach Hause kommen, um Wasser vom Brunnen zu holen und Feuerholz zu sammeln. Ich habe auch gesehen, wie mein Vater meine Mutter geschlagen hat. Das alles habe ich als sehr ungerecht empfunden.

Als ich dreizehn Jahre alt war, wollte mein Vater mich das erste Mal verheiraten, aber ich wehrte mich. Mit achtzehn wehrte ich mich wieder gegen eine Zwangsheirat, woraufhin mein Vater sehr verärgert reagierte und zwei Jahre lang nicht mit mir sprach.

Als ich dann begann, auch andere Frauen zu unterstützen, musste ich von zu Hause ausziehen.

► **pbi:** Als Begründerin und Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation Mukti Nepal unterstützt Du Frauen im ländlichen Nepal. Mit welchen Problemen haben Frauen am häufigsten zu kämpfen?

► **Shyam Shah:** Es sind alltägliche Probleme: Frauen dürfen nicht reden, das

Haus nicht verlassen, nicht am Leben des Dorfes teilhaben und nicht zur Schule gehen. In der Familie müssen sie am schwersten arbeiten, werden aber am schlechtesten versorgt und bestraft, wenn sie Mädchen gebären. Frauen, deren Männer im Ausland arbeiten, werden oft erpresst und von Männern als „Freiwild“ betrachtet. Sie sind besonders von Vergewaltigungen bedroht oder werden als Hexen beschuldigt.

„Frauen werden
doppelt diskriminiert“

Als Frau kann man in Nepal leicht der Hexerei bezichtigt werden. Es genügt schon, wenn eine Frau schmutzige Kleidung trägt, der Ehemann stirbt, ein Kind krank wird oder eine Kuh keine Milch gibt. Die Frau kann dann nicht mehr zu Hause wohnen und am Brunnen Wasser holen. Sie wird von der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen.

Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt, Vergewaltigung oder Vorwürfen von Hexerei geworden sind, unterstützen wir mit Mukti Nepal.

► **pbi:** Worin liegen die Ursachen für die Diskriminierung von Frauen in Nepal?

► **Shyam Shah:** Frauen in den armen

und ländlichen Regionen Nepals sind besonders stark von der Diskriminierung betroffen. Ich komme aus Siraha, einem Landkreis im Südosten Nepals, an der Grenze zu Indien. Die Bevölkerung dort ist arm, viele haben keine Schulbildung, leben traditionell und sehr auf ihre Religion bedacht. Darum ist es auf dem Land besonders schwierig.

► **pbi:** Welche Rolle spielt das hinduistische Kastensystem?

► **Shyam Shah:** Das Kastensystem wurde offiziell vor fünfzig Jahren abgeschafft, bestimmt aber weiterhin das gesellschaftliche Leben in Nepal. Die Kasten sind das Grundgerüst der Gesellschaft, man kann die Kaste noch immer am Familiennamen ablesen. So geht die Ausgrenzung von unteren Kasten weiter. Frauen werden oft doppelt diskriminiert. Das macht es noch schwieriger, für eine gleichberechtigte Gesellschaft zu kämpfen.

► **pbi:** Aber es gibt doch Gesetze gegen Diskriminierung.

► **Shyam Shah:** Die Gesetze sind ganz wunderbar. Nepal hat die UN-Konvention für Menschenrechte unterzeichnet,

„Ich nehme die Drohungen ernst“

Männer und Frauen sind gleichberechtigt, das Kastenwesen ist aufgehoben. Doch die Wirklichkeit, gerade auf dem Land, sieht anders aus.

Die Menschenrechtsbewegung ist aktiv und hat auf dem Papier auch einiges erreicht. Aber damit sind wir noch nicht am Ziel. Wenn Frauen sich nicht selbst für ihre Gleichberechtigung einsetzen, dann passiert nichts, auch wenn wir perfekte Gesetze haben.

► **pbi:** Wie hat sich die Menschenrechtssituation in Nepal in den letzten Jahren verändert?

► **Shyam Shah:** Inzwischen wehren sich Menschen aus den unteren Kasten gegen die Diskriminierung und suchen nach einer neuen Identität. Über die Benachteiligung von Frauen wird öffentlich geredet. Das ist eine neue Entwicklung. Dass Frauen überhaupt den Mund aufmachen, ist neu.

► **pbi:** Es erfordert großen Mut, sich als Menschenrechtsaktivistin für die Rechte der Frauen im ländlichen Nepal einzusetzen. Shyam, bringst Du Dich dabei nicht selbst in Gefahr?

► **Shyam Shah:** Ich habe schon Todesdrohungen erhalten. Auch meinen Eltern droht man und erzählt ihnen, ich sei eine schlechte Tochter. Man sagt, dass ich die Frauen, für die ich mich einsetze, verderbe. Das ganze Dorf stellt sich gegen mich, wenn ich beispielsweise eine Frau, die zur Hexe erklärt wurde, unterstütze. Ich nehme die Drohungen ernst, da schon drei Menschenrechtsaktivistinnen, die ähnlich wie ich aktiv waren, ermordet wurden.

► **pbi:** Was motiviert Dich, weiterzumachen?

► **Shyam Shah:** Es geht mir um Gerechtigkeit für alle Frauen. Für mich spielt es keine Rolle, welche Frau es ist. Kleinere und größere Erfolge zeigen, dass sich unsere Bemühungen lohnen und dass es viele verschiedene Möglichkeiten gibt, um zur Verbesserung der Situation von Frauen in Nepal beizutragen.

► **pbi:** Welche Unterstützung gibt es für Deine Arbeit?

► **Shyam Shah:** Wir sind inzwischen ein Team von Aktivistinnen, und wir helfen uns gegenseitig. In den Dörfern bekommen wir keine Unterstützung. Ab und zu kommt jemand von der Menschenrechtskommission der Nepalesischen Regierung zu uns, dann können wir von unserer Arbeit berichten und

auch Unterstützung erhalten. Das hilft aber wenig. Wir sind also hauptsächlich auf uns selbst angewiesen.

Die Begleitung durch pbi war eine große, auch moralische Unterstützung. Auf den Sicherheitstrainings haben wir viel gelernt. Das alles war eine große Hilfe und ich hoffe, dass pbi weiter in Nepal präsent bleibt und die MenschenrechtsverteidigerInnen unterstützt.

► **pbi:** Es war Deine erste Reise nach Deutschland. Welche Eindrücke nimmst

„Frauen dürfen nicht reden, das Haus nicht verlassen, nicht am Leben des Dorfes teilhaben.“

Du mit nach Hause?

► **Shyam Shah:** Es ist sehr schön hier und ich habe sehr viel Neues erlebt. Das war überwältigend. Am wichtigsten ist mir aber, dass ich mit so vielen Leuten über meine Arbeit und die Situation in Nepal sprechen konnte. Man hat mir viele gute Fragen gestellt und aufmerksam zugehört. Damit bin ich besonders zufrieden.

► **pbi:** Wie ist Deine Vision für Nepal?

► **Shyam Shah:** Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Kasten spielen keine Rolle mehr und alle Menschen können gut leben. Frauen werden nicht mehr als Hexen bezeichnet und dürfen an gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben. Man darf selbst aussuchen, wen man heiratet. Alle Kinder gehen zur Schule und Arbeiterinnen und Arbeiter bekommen den gleichen Lohn.

► Die Gespräch für pbi führten Laura Harmsen und Till Zoppe.
Dolmetscherin: Dorothea Friederici.



Shyam Shah am »Internationaler Tag der Frauen in ländlichen Gebieten« am 15.10. 2012 in Berlin

Advocacy: der verlängerte Arm der Schutzbegleitung

Seit über dreißig Jahren begleitet pbi bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen. Zahllose Freiwillige aus vielen Ländern haben die AktivistInnen durch ihre Präsenz geschützt. Dies ist der sichtbarste Teil unseres Einsatzes.

Doch die bloße Präsenz internationaler Freiwilliger gewährleistet noch keinen ausreichenden Schutz. Der Schutzeffekt von pbi setzt voraus, dass die Begleitung allen Akteuren bekannt ist, den potentiellen Aggressoren, wie den Behörden und Regierungen der Projektländer. Aber auch internationalen Akteure, wie das diplomatische Corps und die Vereinten Nationen, müssen regelmäßig über unsere Arbeit informiert werden. Dies ist ebenso unerlässlicher Bestandteil unseres Schutzkonzepts wie die direkte Begleitung selbst.

Dieses Informieren, die ‚Advocacyarbeit‘ (engl. Fürsprechen für die Anliegen anderer) muss auch außerhalb der Projektländer durchgeführt werden. Ursprünglich bestand diese Arbeit vorwiegend im Aufbau eines Netzwerkes von UnterstützerInnen – hauptsächlich Mitglieder des Bundestags, aber auch anderer Persönlichkeiten mit politischem Einfluss – damit diese im Fall konkreter Bedrohungssituationen für die von pbi begleiteten Personen tätig werden. Sie schreiben Briefe an die Regierung des betreffenden Landes oder bitten die Bundesregierung, über die Botschaft vor Ort diplomatische Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen. Viele Länder reagieren sensibel auf diesen Druck. Dadurch erhöht sich

die Sicherheit der von pbi begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen. pbi-Deutschland hat UnterstützerInnen in allen im Bundestag vertretenen Parteien. Sie werden von uns regelmäßig über die Menschenrechtssituation in den Projektländern informiert und beteiligen sich an unserer Arbeit. Wenn von pbi eingeladene MenschenrechtsverteidigerInnen Deutschland besuchen, werden auch die UnterstützerInnen aufgesucht, um ein gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen und ihnen Berichte aus erster Hand anzubieten. Diese Arbeit wird oft von Ehrenamtlichen geleistet.

Die Bedeutung der Advocacyarbeit hat in den letzten Jahren zugenommen und setzt eine zunehmende Professionalität voraus. Der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen war eine von pbi geleistete Pionierarbeit. Heute hat

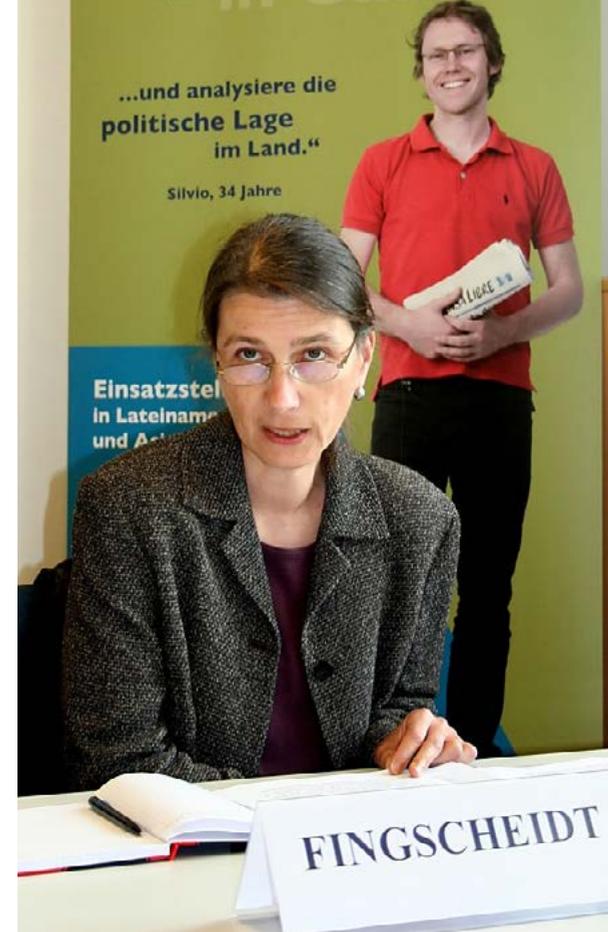
Advocacy-Netzwerke in denen pbi vertreten ist:

- ▶ Forum Menschenrechte
- ▶ Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien
- ▶ Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko
- ▶ Nepal Dialogforum
- ▶ Runder Tisch Zentralamerika

das Thema eine größere internationale Bedeutung angenommen und beschäftigt viele Nichtregierungsorganisationen (NRO). pbi ist in länderspezifischen NRO-Netzwerken aktiv, die ihre Anliegen gemeinsam gegenüber politischen Entscheidungsträgern vorbringen. Auf diese Weise können gemeinsame Interessen effektiv gebündelt werden. Dabei sind Informationen aus erster Hand pbi's Gütesiegel; unsere permanente Präsenz vor Ort unterscheidet uns von anderen NRO. Dadurch wird unsere Mitarbeit in den Netzwerken sehr geschätzt.

Pbi hatte lange keine eigene thematische Agenda, sondern unterstützte die Anliegen der begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen. Aus diesem Grund veröffentlichte pbi keine eigenen Stellungnahmen oder Berichte, sondern verbreitete lediglich die Stimmen der begleiteten Organisationen. Doch seit gut zehn Jahren - oft auf Bitte dieser Organisationen - ist pbi zunehmend dazu übergegangen, Berichte über die Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen oder über bestimmte Menschenrechtsthemen selbst zu veröffentlichen. So beschäftigt sich pbi zurzeit intensiv mit der zunehmenden Tendenz der Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen, mit der Situation von Frauen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, und auch mit der Lage der AktivistInnen, die sich gegen durch unternehmerische Tätigkeit verursachte Menschenrechtsverletzungen wehren.

Um den ständigen Informationsfluss zwischen Projekten und Ländergruppen wie pbi-Deutschland zu gewährleisten, ist viel Kommunikations- und Koordinationsarbeit nötig. Jeden Tag gehen zahlreiche Informationen und Anfragen ein. In dringenden Fällen müssen spontane Telefonkonferenzen über mehrere



Annette Fingscheidt, Referentin für Advocacy, pbi Deutschland

Kontinente hinweg stattfinden. Die längerfristige strategische Planung wird in der internationalen Advocacy-Arbeitsgruppe durchgeführt. Dort werden die sich ständig verändernden Situationen in den Projektländern und das Engagement in neuen Regionen – wie aktuell Kenia und Honduras – diskutiert. Ein gut geplantes und strategisches Vorgehen ist sehr wichtig, damit pbi, mit seinen begrenzten Ressourcen, weiterhin erfolgreich als Schutzschild für MenschenrechtsverteidigerInnen wirken kann.

▶ Text von Annette Fingscheidt



CEDHAPI

Mexiko

lässt sich nicht abspeisen

Die Mixteca ist eine der ärmsten Regionen Mexikos. Das von pbi begleitete Menschenrechtszentrum CEDHAPI setzt sich hier für die friedliche Lösung von Landkonflikten und Aufklärung von Verbrechen ein. Eine Arbeit, die viel Hartnäckigkeit verlangt, wie der pbi-Freiwillige Tobias Wallusch vor Ort erlebt hat.

Meine französische Kollegin und ich brachen am frühen Morgen aus unserem Haus in Oaxaca de Juárez, der Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Oaxaca, auf. Das Ziel: die wenige Stunden entfernte Mixteca-Region Oaxacas. Immer wieder kommt es dort zu Konflikten um Land, zu Einschüchterungen und gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Das Menschenrechtszentrum CEDHAPI (Centro de Derechos Humanos y Asesoría a Pueblos Indígenas – Zentrum für Menschenrechte und Beratung indigener Gemeinden) hat

uns um Unterstützung bei einer Sitzung mit BundesstaatsvertreterInnen gebeten. Seine MitarbeiterInnen wollen dabei erreichen, dass ein zwielichtiger Dorfverwalter, der mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht wird, abgesetzt wird. Außerdem verlangen sie, dass nach 16 Mordverdächtigen gefahndet wird, die an einem Massaker beteiligt waren. Mit dem Geländewagen ging es auf eine kurvenreiche Fahrt durch die bergige Gegend, an deren Ende wir in Tlaxiaco, der Hauptstadt der Region Mixteca, ankamen.

Ich freute mich sehr auf die Begleitung von CEDHAPI. Nach meiner Ankunft im Team von pbi Mexiko im Bundesstaat Oaxaca hatte ich – wie alle Freiwilligen – die ersten Wochen mit der Orientierungsphase verbracht. Innerhalb dieser gilt es, alle Arbeitsbereiche und die täglich anfallenden Aufgaben kennenzulernen, was vor allem Büroarbeit bedeutet. Außerdem müssen unsere Sicherheitsregeln einstudiert werden. Denn die Arbeit im Menschenrechtsbereich kann viele Gefahren mit sich bringen, vor allem im Bundesstaat Oaxaca, in dem MenschenrechtsverteidigerInnen am häufigsten Opfer von Angriffen werden.

Die Mixteca ist eine der ärmsten Regionen Mexikos. Aus keiner anderen Gegend versuchen derart viele Bewohner in die Vereinigten Staaten zu fliehen. Hingegen ist das Erbe der UreinwohnerInnen noch gut bewahrt. Neben dem namensgebenden Mixteco werden mit dem Triqui, Amuzgo, Chocho, Nahua und Ixcateco fünf weitere indigene Sprachen in dieser Gegend gesprochen. Etwa 62% aller Bewohner sind mindestens zweisprachig. In politischer Hinsicht ist die Region für ihre Vielzahl an gewalttätigen Landkonflikten bekannt.

Angekommen in der Stadt hatte der Taxifahrer einige Schwierigkeiten, sich durch das vom Marktgeschehen trubelige Zentrum zum CEDHAPI-Büro vorzuarbeiten, doch glücklicherweise war meine Kollegin bereits zuvor einmal hier gewesen und kannte den Weg. Ein Kiesweg führt auf den letzten Metern vorbei an den bescheidenen, einstöckigen Gebäuden des Viertels zu einem schweren, von Kameras bewachten Eisentor.

Heute steht das Eisentor offen und der Hof ist bereits mit Leben gefüllt. Rund 25 Bewohner des Ortes Santo Domingo

Ixcatlán warten vor der Eingangstür zum Büro. Sie waren noch vor Tagesanbruch aus ihrem im Gebirge gelegenen Dorf aufgebrochen. Die Stimmung ist trotz der strapaziösen Fahrt recht ausgelassen, da die gemeinsame Reise eine willkommene Abwechslung zum harten, von landwirtschaftlicher Arbeit geprägten Alltag ist. Wir begrüßen alle von ihnen mit Handschlag, wobei sich viele sehr über das Wiedersehen mit meiner Kollegin freuen.

Mit Leidenschaft für die Unterprivilegierten

Im Büro treffen wir auf den Anwalt und CEDHAPI-Direktor Maurilio Santiago. Er ist in Tlaxiaco geboren und gehört selbst einer indigenen Minderheit an. Die von ihm gegründete Organisation leitet er nun schon seit über zehn Jahren. Er ist ein eher ruhiger, zurückhaltender Mensch, doch wenn es um einen der Fälle geht, dann sieht man seine Leidenschaft für die Sache der Benachteiligten in ihm auflodern. Wegen dieses Einsatzes wurde Maurilio Santiago auch schon mehrere Male bedroht und in der Presse diffamiert. Im April letzten Jahres beschüttete eine aufgebrauchte Menge ihn gar mit Benzin und drohte damit ihn anzuzünden, als er zwei Jugendliche, die des Diebstahls beschuldigt wurden, vor einem aufgebrauchten Mob zu schützen versuchte.

Anlass der heutigen Zusammenkunft ist der Fall des Dorfes Santo Domingo de Ixcatlán. Im April 2008 wurden dort auf grauenhafte Weise drei Personen durch ein Killerkommando um den ehemaligen Bürgermeister Freddy Eucario Morales Arias hingerichtet. Dieser wollte – im Einverständnis mit dem damaligen Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz – Ländereien der Gemeinde verkaufen, wogegen sich ein Teil des Dorfes auflehnte, zu welcher



Tobias Wallusch während einer Begleitung in Mexiko 2012

die drei Ermordeten zählten. Heute sitzt Freddy Morales zwar im Gefängnis, zieht jedoch von dort weiterhin die Fäden. So ernannte das Landesparlament Oaxacas, das weiterhin von der Partei des damaligen Gouverneurs beherrscht ist, seinen ehemaligen Mitarbeiter zum vorläufigen Dorfverwalter. Die Situation sei zu instabil für Bürgermeisterwahlen. Das Problem ist jedoch, dass dieser Verwalter nur weiteren Unfrieden sät. Daher ließen die DorfbewohnerInnen ihn bisher nicht in das Dorf. Außerdem sind die wegen der Morde Gesuchten immer noch auf freiem Fuß und lassen nicht davon ab, CEDHAPI und Gemeindevorteiler zu bedrohen. So hatten sich vor einigen Jahren zwei Männer im Auftrag von Freddy Morales Zugang zum CEDHAPI-Büro verschafft, um eine junge, engagierte Frau namens María de la Luz mit dem Tode zu bedrohen und einzuschüchtern. Ihr Freund und Vater zählten damals zu den drei Ermordeten.

Eine Strategie CEDHAPIs besteht darin, derlei Konflikte auf internationaler Ebene bekannt zu machen und dadurch „Vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen“ der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zu erwirken. Diese legen dem mexikanischen Staat auf, durch jeweils spezifische Maßnahmen wie beispielsweise der Installation von Sicherheitskameras oder der Beschleunigung der Ermittlungen Lösungen für die Konflikte zu finden. Oft interessiert es ohne solchen Druck von außen in den politischen Zentren nur wenig, wenn in abgelegenen Dörfern Gewalt und Unrecht herrscht, vor allem wenn einflussreiche Politiker davon auch noch profitieren.

Obwohl Maurilio Santiago wegen der bevorstehenden Sitzung mit BundesstaatsvertreterInnen unter Stress zu stehen scheint und noch Unterlagen durchzuschauen hat, nimmt er sich die Zeit, einige persönliche Worte mit uns zu wechseln. Kurz darauf sehen wir auch María de la Luz, die inzwischen selbst für CEDHAPI arbeitet. Sie ist im sechsten Monat schwanger und gut gelaunt, obwohl in wenigen Stunden erneut das Drama der Morde besprochen werden wird. Doch die Anwesenheit der vielen Bekannten ihres Dorfes trägt positiv zu ihrer Stimmung bei. Aus Sicherheitsgründen und wegen der traumatischen Erfahrungen mag sie selbst dorthin nicht mehr zurückkehren.

Beamte ohne Entscheidungsgewalt

Rund eine Stunde nach unserer Ankunft brechen wir gemeinsam auf zu dem Ort, an dem die Sitzung mit den VertreterInnen des Bundesstaates stattfinden soll. Über einen Trampelpfad gelangen wir zu

dem Gebäude, an dem der Zahn der Zeit schon stark genagt hat. Die Wände sind mit chaotischem Graffiti verziert, Natur und frei laufende Tiere haben sich der wild bewachsenen Umgebung ermächtigt. Wir treten nur kurz in das Gebäude ein, um die Anwesenden zu begrüßen, danach begeben wir uns wieder vor das Haus. Eines der Prinzipien von pbi ist die Nicht-Einmischung, weswegen wir die MenschenrechtsverteidigerInnen nur zu den Verhandlungen begleiten, durch unsere Präsenz die Besorgnis und Unterstützung für ihre Arbeit signalisieren, jedoch nicht selbst daran teilnehmen.

Dieses Mal müssen wir jedoch nicht lange draußen ausharren: Etwa fünf Minuten nachdem sich die Türen geschlossen hatten, stürmen Santiago und die Bewohner von Santo Domingo Ixcatlan wieder nach draußen. „So hat das keinen Sinn“, ist zu hören. Es bildet sich eine Menschentraube um Maurilio Santiago, der sich ein hitziges Wortgefecht mit dem Vertreter der Regierung Oaxacas liefert. Wir nähern uns der Menge und verstehen nach und nach, dass Maurilio Santiago nach Rücksprache mit den BewohnerInnen Santo Domingo Ixcatlans die Verhandlung abbrechen will, da keine Beamten anwesend seien, die wirkliche Entscheidungsgewalt hätten. Und er setzt noch eine Forderung oben drauf: Er verlangt eine Unterredung mit dem Generalsekretär der Regierung, dem zweitwichtigsten Mann im Bundesland, da er das Gefühl habe, dass sein Fall und damit das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs nicht ernst genommen werde. Bis dies zustande komme, würden ausgewählte Personen in einen Hungerstreik treten.

Nach diesem Paukenschlag fahren wir zurück in die Stadt. Maurilio Santiago ist genauso enttäuscht wie die

BewohnerInnen Santo Domingo Ixcatlans, die somit ihre beschwerliche Reise ganz umsonst auf sich genommen hatten. Nach einer kurzen Auswertung der Ereignisse im Büro von CEDHAPI vertreiben wir uns noch etwas die Zeit vor dem Gebäude, um potentielle Aggressoren durch unsere Präsenz abzuschrecken, und verabschieden uns schließlich ebenso geknickt, um in unser Hotel zurückzukehren. Dort verbringen wir – nach einer kurzen Rückmeldung über die Ereignisse an unser Team in Oaxaca-Stadt – die Nacht.

Kleine Schritte

Am nächsten Tag kehren wir in unser Haus in Oaxaca-Stadt zurück. Dort erwarten uns unsere KollegInnen mit der aktuellen Tageszeitung, die die Ereignisse von gestern bereits in einem großen Artikel darstellt. Was gut ist, wie wir eine Woche später sehen werden: Der Generalsekretär hat der Forderung Santiagos nach einem Treffen nachgegeben und auch eine neue Verhandlung – diesmal mit den von Maurilio Santiago gewünschten GesprächspartnerInnen – wurde angesetzt. Der angedrohte Hungerstreik musste also nicht in die Tat umgesetzt werden.

Es dauerte jedoch noch rund sechs Monate, bis das Parlament mit Verweis auf das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs den Dorfverwalter gegen einen neuen austauschte und somit zumindest die politische Paralyse des Dorfes auflöste. Die gesuchten Mörder sind jedoch weiterhin auf freiem Fuß. Doch solche kleinen Erfolge geben Hoffnung, dass auch diese noch gefunden werden können.

► Text von Tobias Wallusch und Christoph Behrends



Spendenaufwurf

Friedens- und Menschenrechtsarbeit in Kenia braucht Ihren Beitrag!

► **Anfang 2013 begann das Keniaprojekt von pbi.** Ein kleines Team, bestehend aus vier freiwilligen Fachkräften und einem Projektkoordinator, nahm die Arbeit in Nairobi auf. Im Vordergrund stand der Schutz kenianischer MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) während der Präsidentschaftswahlen am 4. März 2013.

Nach den letzten Wahlen 2007 kam es zu schweren Gewaltausbrüchen mit rund 1200 Toten, Tausenden Verletzten und rund 350.000 Vertriebenen. Auch bei dieser Wahl wurde mit politischer Instabilität, Gewalt und Bedrohungen für MRV gerechnet. Zwar wurden dann zahlreiche Unregelmäßigkeiten beobachtet, doch die befürchteten gewaltsamen Ausschreitungen blieben weitestgehend aus.

Die allgemeine Menschenrechtssituation in Kenia ist prekär. Laut lokalen Menschenrechtsorganisationen kommt es immer wieder zu Angriffen gegen AktivistInnen, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Besonders betroffen sind dabei weibliche MRV und MRV, die in Slums arbeiten. Außergerichtliche Hinrichtungen, gewaltsames

Verschwindenlassen, Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen, Menschenrechtsverletzungen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung sind an der Tagesordnung.

Aufgrund dieser Berichte bauten wir die für weitere Begleitung von MRV nötigen Strukturen auf. Dazu verschaffte sich das Team einen Überblick über die staatlichen Strukturen und traf sich mit allen relevanten nationalen und internationalen Akteuren. Eine gute Vernetzung mit VertreterInnen der Justiz, Polizei und verschiedener Botschaften ist für das pbi-Konzept der Schutzbegleitung unerlässlich.

Im Sommer 2013 kann nun die Schutzbegleitung von kenianischen MRV beginnen. Bitte unterstützen Sie den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Kenia. Nur mit Ihrer Spende ist es möglich, den dauerhaften Erfolg des pbi-Keniaprojektes zu sichern und unsere Friedens- und Menschenrechtsarbeit fortzuführen.

Helfen Sie pbi bei der Verteidigung der Menschenrechte in Kenia!

Ihr Alexander Klüken



Über pbi

► **peace brigades international (pbi) ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig.** pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mit Hilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide – Beschützte und Begleitende – durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

► Wenn Sie mehr Informationen über pbi erhalten möchten, schicken Sie das ausgefüllte Formular an unsere Adresse, oder schreiben Sie eine E-Mail an: info@pbi-deutschland.de

Impressum

- **peace brigades international – Deutscher Zweig e.V.**
Harkortstr. 121 • D-22765 Hamburg
- **info@pbi-deutschland.de**
www.pbi-deutschland.de
- **Redaktion:** Alexander Weber, Virginija Lickunaite, Kersten Knoerzer (V.i.S.d.P.)
- **Bilder:** pbi
- **Layout:** entwickelungsgestalten.de
- **mit freundlicher Unterstützung** des Zivilen Friedensdienstes



Kontaktformular

► **Ich möchte mehr Informationen und ...**

abonniere den halbjährlichen Rundbrief (gegen Spende)

abonniere den newsletter _____

möchte Informationsmaterial zu: _____

► **Ich unterstütze pbi und**

Spende einmalig _____

Unterstütze pbi monatlich mit 5€ | 10€ | 25€ | _____

Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto.

Kto-Nr: _____

BLZ: _____ Bank: _____

Name: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Adresse: _____

Email: _____

Telefon: _____

► Spendenkonto: Konto-Nr.: 20 20 40 6000,
BLZ: 430 609 67, GLS Bank

IBAN: DE14430609672020406000, BIC: GENODEM1GLS

► Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar

Pushpa Raj Paudel schützt

Menschenrechte.



Wir schützen ihn.

Pushpa Raj Paudel ist Anwalt des Advocacy Forums in Nepal. Er vertritt Opfer von Kriegsverbrechen, die während des Bürgerkriegs von der Armee begangen wurden.

Dank Ihrer Unterstützung.

Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie Raum für Frieden.
Wir schützen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen bei ihrer Arbeit.

► mehr unter www.pbi-deutschland.de

pbi
making space for peace